

auf Mitteilungen von Schulreuten und anderen Personen stütze. Zukünftig vermieden er würde es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß der Senat das, was er jetzt gesagt, bereits bei dem Stabes-Prozess in München habe zugehen müssen.

Die Verhandlung wurde danach gegen 4 1/2 Uhr nachmittags auf Donnerstag vormittag 11 Uhr vertagt. — Wie verläuft, soll Sonnabend die Sitzung ausfallen.

Berlin, 8. Juli. Eine heilige Korrespondenz meldet, der Geh. Rat v. Holtze sei erkrankt. Er leide seit vierzehn Tagen an einer Magen- und Darmblutung, doch sei gestern eine günstige Wendung im dem Befinden des Pflichten Patienten eingetreten. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß man in der Umgebung des Fürsten Eulenburg sich mit dem Gedanken trage, Herrn v. Holtze als Zeugen vorzuladen. Bekanntlich gilt v. Holtze, der seine Entfernung aus dem auswärtigen Amte auf Eulenburg zurückführte, als eigentlicher Urheber des Norddeutschen Feldzuges.

Berlin, 9. Juli. In der gestrigen Verhandlung des Eulenburg-Prozesses kam, wie das R. Z. hört, der Brief des Fürsten Dohna zur Sprache, worin von der Verlogenheit Eulenburgs die Rede ist. Eulenburg soll in sehr scharfen Ausdrücken sich über Dohna geäußert haben und gegen die Hinzuziehung des Briefes in den Prozess protestiert haben. Es sei auch angeregt worden, den Fürsten Dohna als Zeuge zu laden.

Diplomatische Enthüllungen.

Die Boffische Zeitung veröffentlicht eine Reihe von Auszügen aus einem „bulgarischen Geheimbericht“ über Mazedonien. Dieser Bericht soll von einem „bulgarischen Patrioten und Politiker“ stammen, der sich in amtklicher Stellung befindet, und seine Veröffentlichung ist zweifellos als ein sehr wichtiges Stück des deutsch-türkischen Pressfeldzugs gedacht, durch welchen die Einigkeit der übrigen Mächte hinsichtlich der Reformen in Mazedonien zerstört werden soll.

Der Geheimbericht gibt zunächst eine ausführliche Schilderung des sinnlosen und bestialischen Treibens der bulgarischen Vandalen in Mazedonien und bringt damit nichts wesentlich Neues, denn dieses Treiben ist allgemein bekannt und wird von allen zivilisierten Völkern verurteilt. Es ist aber ein Gebot der Gerechtigkeit, feilsch festzustellen, daß das Wüten der von der türkischen Regierung aufgestapelten serbischen und griechischen Vandalen nicht minder barbarisch und nicht minder verurteilenswert ist. Der bulgarische Geheimbericht weiß auch darüber einiges mitzuteilen, doch scheinen jene Stellen, die sich mit der türkisch-griechisch-serbischen Gegenaktion beschäftigen, außerordentlich stark gekürzt worden zu sein. Der ungenannte Berichterstatter verfolgt mit der Schilderung der von den bulgarischen Vandalen verübten Gräueltaten den Zweck, nachzuweisen, daß das Vandalentum in seiner heutigen Form unterdrückt, aber von der bulgarischen Regierung auf neuer Grundlage organisiert werden müsse. Dazu muß bemerkt werden, daß die bulgarischen Vandalen, die in Mazedonien den Kuffand des bulgarischen Bevölkerungsteils vorbereiten sollten, ursprünglich unter Zustimmung der bulgarischen Regierung organisiert wurden. Je mehr aber die bolschewistische Abicht der bulgarischen Vandalen hinter sinnlosen Streitigkeiten und Schlägereien verfiel, desto mehr sah sich die bulgarische Regierung genötigt, ihre Verbindung mit den sogenannten „Komitatisten“ zu lösen. Die Verurteilung der Vandalen von jeder offiziellen Geheimleitung mußte aber erst recht wieder zu ihrer Verwilderung führen.

Der bulgarische Patriot will nun die bulgarische Regierung wieder zum wirklichen Herrn und Leiter der Vandalenbewegung machen, er verlangt mit anderen Worten eine öffentliche und aufrichtige Unterstützung der mazedonischen Revolutionäre durch die bulgarische Regierung. Eine solche Unterstützung müßte natürlich zu einem Kriege zwischen der Türkei und Bulgarien führen, den Bulgarien ohne russische Hilfe nicht beenden könnte. Das kriegerische Eingreifen Bulgariens auf dem Balkan kann aber unter Umständen eine europäische Katastrophe herbeiführen. Wer eine solche Katastrophe nicht will, der wird die friedliche Lösung der mazedonischen Frage auf dem Wege einverständlicher Reformen, sollte sie auch langsamer zum Ziele führen, einer blutigen Entscheidung bei weitem vorziehen.

Die Boffische Zeitung legt nun Gewicht darauf, daß die Reformvor schläge des ungenannten bulgarischen Patrioten in einigen Punkten mit den Projekten der englischen Regierung übereinstimmen und zieht daraus den Schluss, daß die englische Regierung mit den mazedonischen Vandalen und der bulgarischen Regierung gleichsam im Komplott stünde. Nun ist der Geheimbericht des bulgarischen Patrioten selbst schon eine Anklage gegen die Vandalen; wenn also zwischen ihm, der bulgarischen und der englischen Regierung auch das vollständige Einverständnis in der mazedonischen Frage bestehen sollte, was in keiner Weise erwiesen ist, so wäre damit noch keineswegs gesagt, daß die englische Regierung für das mazedonische Vandalentum auch nur im entferntesten verantwortlich gemacht werden kann.

Die Beweisführung der Boffischen Zeitung, der sich natürlich der ganze Schwarm der Halb- und Vierteloffiziellen anschließt, läßt aber noch in einem zweiten Punkt weit über das Ziel hinaus. Aus den Schilderungen des bulgarischen Geheimberichterstatters glaubt sie eine neue Bestätigung der alten deutsch-türkischen Weisheit herauslesen zu können, daß die mazedonischen Wirren nur von außen in das Land hineingetragen wären, und daß man, unter Verzicht auf alle internationalen Einmischung, dem Sultan freie Hand lassen müsse, um in Mazedonien Ruhe und Ordnung zu schaffen. Wie in Russland, wie in Persien, wie überall, so überträgt man auch in der Türkei den borniertesten preussischen Polizeistandpunkt in die auswärtige Politik. Wenn die Bevölkerung eines feindseligen Landes sich seit Jahrzehnten in furchtbaren Kämpfen zerstückelt und auf alle Sicherheit der Wirtschaft, des Verkehrs, der Familie und des Lebens verzichtet, so sieht man darin weiter nichts als das Produkt der Aufhebung durch ein paar zugewanderte „Schwarzer und Weißwälder“. Die christliche und liberale Presse Deutschlands will nicht wissen, daß der Sultan Abdul Hamid trotz einem Nikolaus tiefer durch das Blut seiner Untertanen, durch „Christenblut“, gewatet ist als irgendein anderer lebender Wadthaber der Erde, sie bemerkt nicht, daß die idiosynkratische und korrupte Verwaltung der Türkei längst nicht mehr die Ursache der mazedonischen Wirren ist, sondern nur ein Hilfsmittel, um die mazedonischen Wirren zu erhalten, und daß die mazedonischen Wirren nicht mehr die Ursache der türkischen Wirren sind, sondern nur ein Hilfsmittel, um die türkischen Wirren zu erhalten. Die mazedonischen Wirren sind die Ursache der türkischen Wirren, und die türkischen Wirren sind die Ursache der mazedonischen Wirren. Die mazedonischen Wirren sind die Ursache der türkischen Wirren, und die türkischen Wirren sind die Ursache der mazedonischen Wirren.

Mit ihrer Lehre von der Unfehlbarkeit des Sultans und der Unerlöschlichkeit mazedonischer Reformen begibt sich

die deutsche Diplomatie auf einen Hölle'schen Weg, auf dem sie auch Oesterreich-Ungarn nicht mehr als Partner finden wird. Durch sensationelle Enthüllungen von jener Art, wie sie die Boffische Zeitung vollbringt, kann an der fatalen Lage, in die sich die deutsche Regierung mit ihrer Balkanpolitik veranlagt hat, nichts gebessert werden. Damit erreicht man nach außen gar nichts, nach innen aber höchstens die Grobheit von Hanswürsten, die Weltpolitik zu treiben wännen, indem sie — Eduard und Kaiser's zum Zug — für Malen David und Abdul Hamid schwärmen.

Deutsches Reich.

Zeppelins Erfolge und das Ausland.

Die Erfolge Zeppelins, der am Mittwoch seinen 70. Geburtstag feierte, haben jetzt nicht nur die Anerkennung hoher und höchster Stellen gefunden, nachdem der große Erfinder jahrelang gegen Spott, Hohn und Geringschätzung zu kämpfen hatte, auch das Ausland beschäftigt sich jetzt mit ihnen und stellt Betrachtungen über ihre Bedeutung an. So veröffentlicht der Pariser Messidor eine Unterredung mit dem bekannten Luftschiffer Grafen de la Baulz über die jüngsten Fahrten des Zeppelinschen Luftschiffes. Graf de la Baulz sagte, man müsse offen gestehen, daß die Deutschen in der Luftschiffahrt die Franzosen weitaus überflügelt hätten. Der französische Weltballon Republikan sei gewiß in bezug auf rasche Ausbreitung und Fahrbereitschaft praktisch, aber das Zeppelinsche Luftschiff sei ein hervorragender Kreuzer. Zeppelin habe alle französischen Rekordflüge geschlagen und er werde Frankreich noch andere für seine Eigenliebe peinliche Ueberraschungen bereiten. Man sagt, das Zeppelinsche Luftschiff habe einen Fehler, die Schwierigkeit der Landung, aber, sagte de la Baulz, wenn ich bescheidenen Persönlichkeiten glauben darf, wie z. B. dem Erzherzog Leopold Salvator, mit dem ich über diesen Punkt sprach, so wird diese Schwierigkeit gewiß gelöst werden.

Aus London wird dem R. Z. berichtet:

London, 8. Juli. Die Erfolge des Zeppelinschen Luftschiffes haben hier die Einsicht gewekt, daß man in England in der Luftschiffahrt sehr zurück sei. Es wird die Forderung ausgeprochen, „Dreadnought-Luftschiffe“ wie das Zeppelinsche, zum Hofschiff und zur Führung des Kampfes zahlreiche vom Lebaudy-Typus zu bauen; die Lebaudy'schen Ballonjäger seien sehr beweglich, namentlich in senkrechter Richtung. Ein von Ballonjägern von oben her angegriffenes Zeppelinsches Luftschiff würde nach der Ansicht hiesiger Sachverständiger hilflos sein; gleichzeitige mußte ein auf das Vertikalfahren eingerichtetes Geschäß geschaffen werden, das nach deutschem Muster auf Automobilen den Bewegungen des Ballons folgen kann. Meer und Flotte müssen ferner mit den durch Einführung der Luftschiffahrt im Kriegsdienst neu geschaffenen Problemen genau bekannt gemacht werden.

Die Fortschritte auf dem Gebiete der Eroberung der Luft sollen also, wie solche Meldungen beweisen, in erster Linie vom Militarismus ausgeht werden.

Berlin, 8. Juli. Major Parkeval stellte einen neuen lent-

borren Ballon unsterilen Systems und abweichend von der bisherigen Form fertig, indem er den Ballon vorn dick und hinten spitz, also birnenförmig gestaltete. Probefahrten stehen unmittelbar bevor.

Von deutscher Gastfreundschaft.

Zwanzig Ausweisungen in einem Monat sind im Großherzogtum Sachsen im Juni anzugeben. Davon entfielen acht auf den ersten Reisezweimonatzeit Weimar. Die Ausgewiesenen sind Landarbeiter, die sich lässig gemacht haben sollen. Dieses Vorkommnis erwidert die Behörde oft darin, wenn wegen Vohndverhältnissen Differenzen zwischen den Arbeitern und dem Gutsherrn entstehen. Ist es doch schon ein vielfach angewandtes Drogenmittel der Gutsherren, in Streitfällen ihren ausländischen Arbeitern mit der Ausweisung, für die sie sorgen würden, zu drohen. Im Eisenacher Bezirk betrifft die Ausweisung zwölf Personen, die in Eisenach ihren Wohnsitz hatten und als Arbeiter, Hausdiener und Handwerker beschäftigt waren. Den Grund der Vorkommnisse erzählt die Offenheit in den letzten Fällen. Das es aber nicht schwer ist, jemand dessen zu beschuldigen, das wissen die Großgrundbesitzer genau.

Dielbische Methoden.

Ein vereindrechtliches Unikum leistete sich eine hochwohlwollende Polizeiverwaltung in Thorn in Westpreußen. Sie hielt den neuen Rechtszustand, daß ihre Versammlungen nicht mehr anzuhalten sind, für so polizeiwidrig, daß sie ihn schleunigst auf ihre besondere Weise reparierte. Sie „verfügte“ einfach an sämtliche Inhaber von Versammlungsorten, daß diese ihr jede Versammlung in „sanitäts- und sicherheitspolizeilichem Interesse“ bei Strafe von dreißig Mark 24 Stunden vorher anmelden müßten! Und zwar auf Grund des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung.

Hoffentlich nimmt Herr von Bethmann-Hollweg schleunigst Gelegenheit, um die Autorität der Reichspolizei auch in Thorn gegen diebische polizeiliche Reparaturgelüste gründlich zu schützen!

Aus Mecklenburg.

Hat der Junker gehauen? Um diese Frage, die ein kleiner mecklenburgischer Verhältnisse eher zu bejahen als zu verneinen genügt sein wird, drehte sich eine Verhandlung vor dem Landgericht Schwerin. Verhandelt wurde über die Berufung des Erbschaftsbesizers Brandt vom Gut Gischow, der vom Schöffengericht Lindau wegen Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Dieses Gericht hatte den Herrn Brandt „für überführt“ erklärt, den drei ihm bediensteten Anetz Mengowitz mit einem eisernen Spazierstock getroffen zu haben. Ein Junge Gemella konnte nicht mehr aufgefunden werden. Der schlagfertige Junker konnte nicht bezeugen, geschlagen zu haben. Er habe aber den Gemella geschlagen. Von diesem sei jedoch der Tod abgeprallt und habe den Mengowitz betührt. Dem Gericht schien dies plausibel, es gab der Berufung statt und sprach den Angeklagten frei.

Mit einem zweiten schlagfertigen Junker hatte sich auch das Schöffengericht Wismar zu befassen. Beim Gutspächter Petersen in Weydenhede war jemand ein Postkutschmann mit 18 M. Inhaft wegenkommen. Petersen hielt die polnischen Knechte Marken und Paronowski für die Täter. Erp hielt er ihnen abwechselnd einen Revolver vor die Stirn, indem er rief: „Ihr seid tot!“ Als der Junker Peter, gab das Geld her oder ich schick dich tot.“ Als die beiden darauf mit feinem Gehäusnis antworteten, gab es eine geläufige Nacht Todstrafe. In der Verhandlung beantragte der Anwalt, dem Angeklagten widerliche Umstände zugunsten zu verlesen. Der Angeklagte habe aus edlen Motiven 11 geschandelt. Antrag: 30 M. Geldstrafe. Das Gericht entschied demgemäß. Die beiden Knechte haben jetzt einen süßen Trost: Die Todstrafe, die ihnen

der Karrieren Petersen appliziert hat, haben sie aus edlen Motiven bekommen!

Eine Geschichte, wie man Polizeikommissar wird, erzählt anläßlich des Eulenburgprozesses der Roland von Berlin:

Polizeikommissar Seinhauer war ursprünglich Matros bei der Handelsmarine und absolvierte seine militärische Dienstzeit an Bord der Hohenzollern. Dort machte der Fürst seine Bekanntschaft und empfahl ihn als Kammerdiener an seinen Freund, den Baron v. Wendelsdorf, der übrigens in diesem Prozeß ebenfalls als Zeuge geladen ist. In der gleichen Stellung kam Herr Seinhauer dann zum Fürsten nach Liebenberg und später zur Berliner Polizei als Unterbeamter des Herrn v. Tauich. Er brachte es jedoch nicht zum Kriminalkommissar, denn Herr v. Wimbheim, der damalige Polizeipräsident, befürwortete, daß eine solche ungewöhnliche Auszeichnung, bei der übrigen Beamtenzahl höchst selten vorkam, ihm vorbehalten wurde. Man ernannte ihn daher nur zum Polizeikommissar und er übte sein Amt zunächst in Rügen, zuletzt in Potsdam aus.

Der gefällige Hohenzollern-Matrose und fürstliche Kammerdiener überwaht also als Auge des Gesetzes die Gassen und die sozialdemokratischen Versammlungen! Ein anderer ehemaliger Kammerdiener des Fürsten wurde in der Wiener Volkshauskammer beschäftigt und nahm zugleich mit Eulenburg Abschied vom Dienst — als Hofrat! Nach der vorstehenden Beschreibung sind alle Keimer der Staatsbürger frei zugänglich, sie müssen nur die — dazu nötige Eignung besitzen.

Die Enttäuschten. Aus Merheim bei Köln wird der Kreis Lehrereitungs geschieden: Untere Bürgermeisterei vor den Loren Kreis und Wilhelms mit anerkannt denselben Lehrerqualifikationen wie in diesen Städten zählt den Lehrern 1300 und 150 M. Der Gemeinderat erlöste auf eine Eingabe des Merheimer Lehrervereins das Grundgesetz um 50 Mark vom 1. April 1908 ab. Die Lehrerschaft, die mehr erhofft hatte, wird sehr enttäuscht. Die meisten Kollegen aber fanden sich bald in die Tatsache, indem sie ihre Hoffnung auf das kommende Besoldungsgehalt setzen. Am 1. April d. J. wurde nun aber die Erhöhung, d. h. der vierjährige Betrag, nicht ausbezahlt, weil die Regierung die Genehmigung noch nicht erteilt hatte. Jetzt endlich kommt die Nachricht, daß der Minister der Erziehung im Hinblick auf die kommende Regelung der Gehälter nicht zustimmen könne.

Betriebsbeschränkungen. Nach einer Meldung der Königlich Preussischen Regierung aus Röhlsau in S. beschlossen die Baumwollspinner und Weber eine Betriebsbeschränkung bis Ende Oktober auf der gleichen Grundlage wie die süddeutschen Spinner zu bestimmen.

Keine politische Nachrichten. Auf Schweizerischer Seite hält man nach einer Mitteilung der Boff. Zig. nicht mehr daran fest, daß dem Schiedsgericht, das den schweizerisch-deutschen Wehrzeit entfallen soll, für die Fällung des Schiedspruchs eine bestimmte Frist vorgeschrieben werden, da solche Fristensetzungen bei internationalen Schiedsgerichten nicht üblich sind. — Wie die Wiener Neue Freie Presse meldet, sub die Schwierigkeiten, die von den deutsch-böhmischen Abgeordneten in den letzten Tagen erhoben waren, beiseite, nachdem sie im Sinne der Erledigung ihrer nationalen Beschwerden erhalten hatten. Die Ungleichheitsanträge werden zurückgezogen und das Arbeitsprogramm der Regierung mit Ausnahme der Beamtensteuer ist damit erledigt. — In der Glimstfrage in Zunsbrunn kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen katholischen und protestantischen Studenten. Viele von den Protestanten wurden durch Stöße der Studenten. Die Polizei greift ein und schlichtet die Streitenden. — Die französische Kammer genehmigte am Mittwoch in erster Lesung das Französisch-Kamerun sowie dem Westafrika über die Beziehungen für die in Marokko kämpfenden Truppen. — Im brasilianischen Konsulat in Lissabon wurden Unterschleife in Höhe von 150 000 M. festgestellt. Der geschäftsführende Konsul wurde verhaftet. — Der bulgarische Minister des Innern ordnete eine Mazzia gegen die Anhänger der Revolutionärpartei an. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. — In Wien trat am Dienstag nachmittags Schenck Pascha durch einen Offizier erschossen worden. Der Mörder flüchtete. Der Kaiser wurde geschossen. Schenck Pascha, der Kruppenkommandant von Witrowka, war nach Marokko geschickt worden, um dort meutende Truppen zu bewältigen. — Kongressmitglied Richmond Hobson hielt auf dem Abend in Denver eine leidenschaftliche Rede, deren wesentlicher Inhalt die Forderung nach Ausgestaltung der Marine war. Er begründete seine These damit, daß der Krieg mit Japan unermesslich sei, und daß der Marinewerwaltung daher die Verpflichtung erwachse, den Stillen Ozean zu überwachern. Die Annahme dieser Resolution ist ziemlich sicher. — Im westlichen Mexiko sind bewaffnete Revolutionäre aufgetaucht. — Meldungen aus Portugiesisch-Guinea berichten von der Gefahr, in der die Stadt Bissau schwebt. Sie wird von Eingeborenen belagert und wird vermutlich eingenommen werden, bevor man ihr zu Hilfe kommen kann. Die belagerten Eingeborenen gehören einem kanibalischen Stamm an, sie sind mit Kruppenbewehrungen bewaffnet und hatten, bevor sie gegen Bissau, in dem sich zurzeit etwa 200 Soldaten befinden, gegen das ganze portugiesische Gebiet plündernd durchgezogen. Unterewegs haben sie viele portugiesische Anglieder grausam hingerichtet. — Aus Sidney wird der Franz. Zig. berichtet: Die Konferenz der Arbeiterpartei in Brisbane entschied sich für eine allgemeine Beschäftigung und eine eigene Marine.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Oesterreichs Finanzlage.

Wien, 8. Juli. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses unterbreitete der Finanzminister einen Nachtragsetzungsplan von 4 1/2 Millionen Kronen zur Verbesserung der materiellen Lage der unteren Kategorien der Staatsdiener, für die eine völlige Neuordnung des ganzen Gehaltsstandes geplant ist. Der jährliche Gesamtanwachs ist mit 18 Millionen Kronen veranschlagt. Der Minister erklärte im Namen der Gesamtregierung, daß diese Summe das äußerste sei, was die Staatsfinanzen für diese Zwecke zur Verfügung stellen könnten, und daß die Vorlage für absehbare Zeit einen endgültigen Abschluß der Gehaltsregulierungen und der Besoldungsaufstellungen für die Staatsbediensteten bilden müsse. Gleichzeitig unterbreitete der Finanzminister eine Vorlage über die Reform der Gehaltsdiener, indem er hervorhob, daß die bisherigen Normen nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart entsprechen. Er ersuchte das Haus, die Vorlage eingehend zu prüfen, die vorwiegend eine Ermäßigung der bestehenden Steuerstufe bedauere.

In seinen Ausführungen über die Anforderungen der Staatsdienerschaft unterbreitete er die Reformen des Finanzministeriums darauf hin, daß das Eisenbahnamt für die nächsten vier Jahre 160 000 000 Kronen beanspruchen würde. Außer den zu gewöhnlichen Anforderungen des Eisenbahnamts und den bereits feststehenden 45 000 000 für die Eisenbahnen usw. würden von den einzelnen Ressorts Mehrauforderungen von mehr als 200 000 000 Kronen, denen im ganzen eine voraussichtliche Mehrbedeutung von 97 000 000 gegenüberstehe. Solchen Erfordernissen nachzukommen könne kein Finanzminister mit seinem Gewissen vereinbaren, wenn er nicht wieder ganz offen die Fülle des Defizits bekennen würde. Er nannte, erklärte der Finanzminister, hat an diesem Punkte. Sie haben im nächsten Jahre, wenn die Aufwendungen so weiter gehen, ein Defizit zu erwarten. Er, der Finanzminister, werde daher mit aller Entschiedenheit auf die einwirkende Reduktion dieser Mehraufträge dringen, um das Gleichgewicht herzustellen. Die weitestgehende Zurückhaltung auf dem finanziellen Gebiete sei gerade